



Wie das Hamburger Abendblatt berichtete, verhandeln die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP sowie die BSB diskret und hinter verschlossenen Türen über eine Fortsetzung des „Schulfriedens“ von 2010, also darüber, auch zukünftig keine Veränderungen in der Hamburger Schulstruktur vorzunehmen.

Die Hamburger GEW tritt für „Eine Schule für alle“ ein, also für eine Überwindung des derzeitigen „Zwei-Säulen-Modells“ (das ohnehin eher ein Drei-Säulen-Modell mit den Sonderschulen/ReBBZ als dritter Säule ist). Wir sind der gut begründeten Auffassung, dass sich mit einer Gemeinschaftsschule mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen lässt.

Nun dringen erste Ergebnisse der Verhandlungen zum „Schulfrieden“ an die Öffentlichkeit. Dazu nehmen wir selbstverständlich Stellung, auch wenn die GEW ebenso wie die betroffenen Schulgemeinschaften oder die Kammern nicht befragt werden. Dazu im Einzelnen:

Mehr Lehrkräfte in die Klassen 5 und 6 der Gymnasien, Verringerung der Klassengrößen an Gymnasien.

Diese Forderung ist richtig, sollte aber für die Klassen 5-11 umgesetzt werden. Auch an Gymnasien ist die Schüler_inenschaft zunehmend heterogen und braucht differenzierten

Unterricht und damit mehr pädagogisches Personal. Zusätzlich fordern wir, die bisherigen Abschlusungen nach Klasse 6 an Gymnasien abzuschaffen. Dadurch beschämt man nur Schüler_innen und bürdet den Stadtteilschulen die schwierige Integration der „Abgeschulten“ auf, für die zum Teil an beliebten Stadtteilschulen Klassen freigehalten werden müssen. Konsequenz wäre daraus auch, die Schulformempfehlung in ihrer bisherigen Form abzuschaffen. Die Grund- und Stadtteilschulen wurden in den vergangenen Jahren personell besser ausgestattet als die Gymnasien, weil sie die neue Aufgabe der inklusiven

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Offenheit statt Hinterzimmerpolitik

Schule umsetzen und dafür die – nicht ausreichende – pädagogische Ressource bekommen. Ebenso findet ein Großteil der Beschulung von Geflüchteten in Grund- und Stadtteilschulen statt.

Schaffung von nicht pädagogischen Verwaltungsleitungen an Schulen, um Lehrkräfte zu entlasten.

Auch das ist ein richtiger Schritt, damit sich Lehrkräfte mehr auf den Unterricht konzentrieren können. Mehr SuS

und mehr Aufgaben bedeutet auch mehr Verwaltungspersonal, es ist auch eine Aufstockung der Verwaltungsangestellten denkbar. Allerdings muss dies obendrauf kommen und nicht nur zur Hälfte von der BSB ausfinanziert werden. Weitere Forderungen der GEW sind die unteilbaren A-Zeiten um mindestens zwei Stunden pro Woche für Kooperation zu erhöhen und die notwendigen Schulleitungsfunktionszeiten zusätzlich zu den Funktionszeiten der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung mindestens im Umfang der Angaben der 2. Lehrerarbeitszeitkommission, das sind 20 Stunden Sockel und 1 WAZ je beschäftigter Lehrkraft und PTF an der Schule, zuzuweisen.

Einführung der äußeren Differenzierung durch die Schulkonferenz entscheiden.

Bei aller pädagogischen Diskussion um die Differenzierung gehört diese Debatte zu den Grundsätzen der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmethoden und muss damit von der Lehrer_innenkonferenz entschieden werden.

Reform der Lehrer_innenbildung zurückdrehen.

Die gemeinsame Ausbildung

von Lehrkräften für die Stadtteilschule und das Gymnasium ist in den Augen der GEW der richtige Weg! Sie sollte nicht wieder konservativ gewendet werden, um der FDP, die dies als einzige Partei fordert, ein Wahlkampfgeschenk zu machen.

Wir fordern die Bürgerschaftsfraktionen auf, ihre Vorschläge zur Schulstruktur breit zu diskutieren und die Hinterzimmerpolitik aufzugeben. Es geht um die Bildungszukunft unserer Stadt.